



Rote Karte dem Kahlschlag – Sozialstaat verteidigen! Keine Kürzungen bei sozialen Leistungen!

Das Wichtigste
in 60 Sekunden



Der Sozialstaat steht unter Beschuss. Arbeitgeber und Teile der Politik fordern Kürzungen bei Rente, Gesundheit, Pflege und Bürgergeld. Sie behaupten, der Sozialstaat sei „aufgebläht“ und „nicht mehr finanzierbar“. Das ist falsch und gefährlich. Der Sozialstaat ist kein Luxus, sondern das Fundament unserer Demokratie und die beste Idee, die wir je hatten.

- **Die Menschen wollen einen starken Sozialstaat:** 80 Prozent der Menschen in Deutschland wollen eine verbindliche, automatische soziale Sicherung durch den Staat statt privater Vorsorge. Über 70 Prozent setzen auf öffentliche Sozialversicherungen statt private Versicherungskonzerne. Das zeigt das Sozialstaatsradar 2025 des DGB.
- **Bereitschaft zu höheren Beiträgen für gute Leistungen:** Die Menschen sind bereit, für Sicherheit zu zahlen. 63 Prozent würden höhere Rentenbeiträge akzeptieren, um das Leistungsniveau zu halten. Weitere 12 Prozent würden sogar deutlich höhere Beiträge für bessere Leistungen zahlen – bei den unter 30-Jährigen sind es sogar 23 Prozent.
- **Der Sozialstaat ist nicht aufgebläht:** Die Sozialleistungsquote lag 2024 bei 31,2 Prozent des BIP – ähnlich wie vor zehn Jahren (28,9 Prozent 2015). Die Behauptung, der Sozialstaat sei nicht mehr finanzierbar, ist eine glatte Lüge.
- **Reformen sind nötig – aber an der richtigen Stelle:** Statt Leistungen zu kürzen, muss der Sozialstaat besser werden: einfacher Zugang, schnellere Hilfe, bessere Beratung. Die wahren Probleme liegen nicht bei den Leistungsempfänger*innen, sondern bei fehlenden Investitionen und ungerechter Besteuerung. Die Krankenversicherung muss zu einer Bürgerversicherung entwickelt werden, in die alle einzahlen.
- **Gerechte Finanzierung statt Kürzungen:** Eine Vermögensteuer könnte bis zu 120 Milliarden Euro jährlich einbringen – das 27-fache der geplanten Bürgergeld-Einsparungen. Wer umverteilen will, sollte bei Superreichen ansetzen, nicht bei den Ärmsten.

Die Menschen wollen einen starken Sozialstaat

Die Menschen in Deutschland wollen keine Privatisierung sozialer Risiken. Das Sozialstaatsradar 2025, eine Befragung von 3.000 Personen im Auftrag des DGB, der Arbeitnehmerkammer Bremen und der Arbeitskammer des Saarlandes, liefert ein klares Ergebnis:

80 Prozent wollen eine verbindliche, automatische soziale Sicherung durch den Staat statt privater Vorsorge. Über 70 Prozent wollen öffentliche Sozialversicherungen statt privater Versicherungskonzerne als Träger der sozialen Sicherung. Nur 12 Prozent würden vor allem auf private Unternehmen setzen.

Der Sozialstaat ist das Fundament der Demokratie. Er bietet Sicherheit, Zusammenhalt in schwierigen Zeiten und ermöglicht Menschen ein selbstbestimmtes Leben. Wer die Axt an diese Errungenschaften legt, gefährdet gesellschaftlichen Frieden und die Stabilität unseres Landes.

Bereitschaft zu höheren Beiträgen für gute Leistungen

Die Bevölkerung ist sich bewusst, dass gute soziale Sicherung etwas kostet – und sie ist bereit, dafür zu zahlen. Das zeigt sich besonders beim Thema Rente:

63 Prozent würden etwas höhere Beiträge zahlen, wenn die Leistungen dadurch mindestens auf dem bisherigen Niveau bleiben. Weitere 12 Prozent würden sogar deutlich höhere Beiträge für bessere Leistungen akzeptieren. Bei den Arbeitnehmer*innen unter 30 Jahren sind es sogar 23 Prozent, die deutlich höhere Beiträge für bessere Leistungen zahlen würden.

Die Behauptung, ein ordentliches Rentenniveau gehe zulasten der Jüngeren, ist nicht nur faktisch falsch – ein stabiles Rentenniveau bringt allen Generationen eine höhere Rendite –, sondern entspricht auch ausdrücklich nicht der Meinung der Beschäftigten. Gerade jüngere Beschäftigte sind zu höheren Beiträgen bereit, um selbst noch eine gute Rente zu erreichen.

Auch bei der Pflege zeigt sich: Das Teilleistungssystem mit explodierenden Eigenanteilen ist in den Augen der Versicherten gescheitert. Die Menschen wollen eine solidarische Absicherung, bei der die Versicherten einen festen Betrag zahlen und die Pflegeversicherung alle weiteren Kosten trägt.

Der Sozialstaat ist nicht aufgebläht

Die Behauptung, der Sozialstaat sei „aufgebläht“ und „nicht mehr finanzierbar“, ist eine Lüge. Die Fakten sprechen eine andere Sprache:

Die Gesamtausgaben für soziale Sicherung sind in Deutschland nicht auffällig hoch und nicht auffällig gestiegen. Gemessen an der gesamtwirtschaftlich relevanten Größe, der Wirtschaftsleistung, sind die Ausgaben in zentralen Bereichen wie Grundsicherung, Rente und Arbeitslosenversicherung sogar genauso hoch oder niedriger als vor 15 oder 20 Jahren.

Laut Statistischem Bundesamt lag Deutschlands Sozialleistungsquote 2024 bei 31,2 Prozent des BIP. 2015 lag sie bei 28,9 Prozent – der Anstieg ist moderat. Die absoluten Ausgaben stiegen zwar stark an, doch das BIP wuchs proportional mit – von 2,13 Billionen Euro (2000) auf 4,33 Billionen Euro (2024).

Es ist eine glatte Lüge, wenn behauptet wird, der Sozialstaat sei mit dem, was wir volkswirtschaftlich leisten, nicht mehr finanzierbar. Der Sozialstaat erzeugt auch keinen Generationenkonflikt. Die tatsächliche strukturelle Konfliktlinie ist die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich. Die

gesellschaftlichen Herausforderungen – von Wohnungsknappheit über Bildungschancen bis hin zu Gesundheitsversorgung – betreffen Menschen aller Altersgruppen in ähnlicher Weise, sofern sie über begrenzte finanzielle Ressourcen verfügen.

Es gibt keinen Konflikt zwischen Jung und Alt – es gibt einen zwischen Reich und Arm.

Reformen sind nötig – aber an der richtigen Stelle

Der Sozialstaat muss besser werden – nicht abgebaut werden. Reformen sollen zu spürbaren Verbesserungen im Alltag der Menschen führen. Erkenntnisse aus der Forschung zeigen: Die wahren Probleme liegen nicht bei angeblichem „Missbrauch“, sondern bei komplexen Verfahren und fehlender Unterstützung.

Was wir brauchen:

- Einfachen Zugang: Eine Anlaufstelle für alle Leistungen, Daten nur einmal angeben müssen, automatische Information über mögliche Leistungen.
- Schnelle Hilfe: Kurze Bearbeitungszeiten bei existenzsichernden Leistungen, mehr Personal in Behörden und Sozialversicherungen; Digitalisierung soll Beschäftigte entlasten, nicht ersetzen.
- Bessere Beratung: Persönliche Beratung muss erhalten bleiben, Behörden als Lotsen zu weiteren Hilfsangeboten, verständliche Bescheide in einfacher Sprache.
- Der derzeitige Verwaltungsapparat wendet erhebliche Ressourcen für die Kontrolle und Überwachung von Bürgergeldempfänger*innen auf. Würde man denselben Verwaltungsaufwand auf die Bekämpfung von Steuerhinterziehung, Mietwucher, Mindestlohn- und Sozialversicherungsbetrug anwenden, könnte dies zu erheblich höheren Steuereinnahmen führen.

Was stimmt: Unser Gesundheitssystem ist finanziell am Limit. Im Jahr 2026 werden die Zusatzbeiträge für die Gesetzliche Krankenversicherung wahrscheinlich die Marke von drei Prozent knacken. Deshalb brauchen wir langfristig ein solidarisches und gerechtes System für die Krankenversicherung: Eine Bürgerversicherung, in die alle einzahlen. Damit würde sich der Zugang zu ärztlicher und therapeutischer Unterstützung allein am medizinischen Bedarf orientieren – nicht am Geldbeutel. Und das ist auch nötig: Denn die Lebenserwartung in Deutschland liegt unter dem OECD-Durchschnitt – und das, obwohl wir uns eines der teuersten Gesundheitssysteme der Welt leisten.

Gerechte Finanzierung statt Kürzungen

Ein angeblich „maroder“ Sozialstaat lässt sich nicht mit Kürzungen am Existenzminimum und Umverteilung auf dem Rücken der Ärmsten finanzieren. Wenn umverteilt werden soll, dann gibt es bessere Adressen als die der Bürgergeldbezieher:

Eine Vermögensteuer könnte bis zu 120 Milliarden Euro jährlich einbringen – das 27-fache der geplanten Bürgergeld-Einsparungen. Die 380 Milliarden Euro, die durch die ausgesetzte Vermögensteuer verloren gingen, hätten das Bürgergeld für sieben bis acht Jahre finanzieren können.

Menschen zahlen auf Arbeitseinkommen rund 43 Prozent Steuern, während der effektive Steuersatz für Multimillionär*innen bei 29 Prozent liegt – für Milliardär*innen sogar nur bei 26 Prozent.

Diejenigen, die den Sozialstaat abbauen wollen, sind oft selbst die größten Profiteure des Systems: Unternehmen und Unternehmer*innen, die von gut ausgebildeten und gesunden Arbeitskräften profitieren, aber sich gleichzeitig immer weiter aus ihrer sozialen Verantwortung verabschieden. Oder Vermögende, die sich an der solidarischen Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben gemessen an ihrem Wohlstand viel zu wenig beteiligen.

Die Angriffe auf unseren Sozialstaat sind nichts weiter als Klassenkampf von oben.

Sozialstaat stärkt Demokratie

Die Axt an den Sozialstaat anzulegen, gefährdet unsere Demokratie. Wenn sich Vermögen stark auf wenige konzentriert, während ärmere Bevölkerungsschichten von gesellschaftlicher Teilhabe und sozialer Sicherheit ausgeschlossen bleiben, leidet der gesellschaftliche Zusammenhalt. Ausgrenzung und Angst vor sozialem Abstieg machen anfällig für Radikalisierung, Rassismus und Hass.

Der Sozialstaat ist kein Almosen, sondern ein auf dem Boden des Grundgesetzes fußendes demokratisches Versprechen auf Sicherheit und Würde – und die Voraussetzung für die Freiheit in unserer Gesellschaft. Wer ihn angreift, greift die Grundlage unseres Zusammenlebens und unsere verfassungsmäßige Ordnung an.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern:

1. Keine Kürzungen bei Rente, Gesundheit, Pflege und Bürgergeld
2. Ausbau statt Abbau sozialer Leistungen
3. Gerechte Finanzierung durch Vermögen- und Erbschaftsteuern für Superreiche
4. Stärkung der Tarifbindung und mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigung
5. Besseren Zugang zu Sozialleistungen: einfacher, schneller, verständlicher
6. Mehr Personal in Behörden und Sozialversicherungen
7. Ehrliche Verteilungsdebatte statt Angriffe auf die Schwächsten

Rote Karte dem Kahlschlag!

Stehen Sie auf der Seite der Beschäftigten und unterstützen Sie uns Gewerkschaften beim Schutz und Ausbau des Sozialstaats!